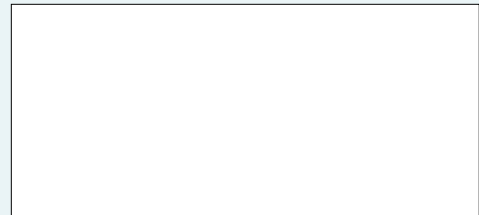




attendorner Sozialdemokrat

Informationsblatt des SPD-Stadtverbandes Attendorn



Weitere Berichte

- Stadtwerke-Fusion **Seite 2**
- Milstenaer Straße **Seite 3**
- Aussichtsplattform Biggeblick **Seite 4**
- Fracking **Seite 4**
- „SPD vor Ort“ **Seite 5**
- Meine Meinung **Seite 6**

■ Mehr Gerechtigkeit gibt es nur mit der SPD

Seit 150 Jahren macht die SPD Politik. Für wen? Für Menschen, die arbeiten gehen und sich um ihre Familien kümmern. Wir Sozialdemokraten haben eine klare Idee von einem solidarischen Deutschland: Alle – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion – sollen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Um das zu ermöglichen, wollen wir den Zusammenhalt und das Miteinander in unserer Gesellschaft stärken. Was sich in der Hilfsbereitschaft bei der Flutkatastrophe zeigte, macht den eigentlichen Reichtum unseres Landes aus.

Darauf können wir alle stolz sein und deshalb geht es darum, diese Stärken in konkrete Politik für Solidarität und Zusammenhalt auch in den Alltag, jenseits der besonderen Ereignisse, zu übersetzen.

Mehr Gerechtigkeit

Damit unsere Politik Realität werden kann, braucht es am 22. September 2013 eine starke SPD. Jede Wahl birgt die Chance auf einen Wechsel. Ich will eine bessere und gerechtere Regierung für Deutschland.

Wir stehen für die Idee einer Gesellschaft, in der das „Ich“ kein Gegensatz zum „Wir“ bildet und in der es sich für alle lohnt, morgens aufzustehen und den neuen Tag in Angriff zu nehmen. Eine Gesell-

schaft, von der man profitiert und für die man bereit ist, sich einzubringen. Ich will eine Gesellschaft, die Anstrengung honoriert und unverschuldetes Unglück nicht bestraft. Ich trete zur Wahl an, weil ich eine Gesellschaft will, die Reichtum nicht verteufelt und Armut nicht hinnimmt oder gar fördert.

Investitionen in Bildung

Wir erreichen dieses neue soziale Gleichgewicht nur dadurch, dass wir erstens der Arbeit Wert und Würde zurückgeben und zweitens in Bildung investieren. Der leichtfertige Spruch „Sozial ist, was Arbeit schafft“ hat diese Grundlage systematisch zerstört. Im Namen von Flexibilisierung und Deregulierung wurden Schutzmauern eingerissen, auf die viele Menschen nicht verzichten können. Ich habe zwei Botschaften. Erstens: Die SPD hat verstanden! Und zweitens: Jede Partei, die an diesem Zustand nichts ändern will, sollte sich schämen!

Arbeit hat für uns eine ganz besondere Bedeutung. Wir sagen: „Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann.“ Sie ist schließlich die Grundlage für Zufriedenheit und Selbstwert, für innere Würde und für den Anspruch, von anderen korrekt und anständig behandelt zu werden. Gemeinsam mit den Gewerk-

schaften setzen wir auf das Leitbild der „guten Arbeit“. Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft für eine Humanisierung der Arbeitswelt. Obwohl die Wirtschaftsdaten günstig sind, sinken die Reallöhne. Sie geraten unter Druck, die Ungleichverteilung der Vermögen nimmt zu. Leiharbeit wird missbraucht, um Tariflöhne zu umgehen. Niedriglohnbeschäftigung wird ausgebaut, während der Staat Milliarden aufbringen muss, um Dumpinglöhne aufzustoßen. Diese Entwicklungen missachten Arbeit, Anstrengung und gerechte Verteilung der Leistung.

Mindestlohn einführen

Ich fordere einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und die Stärkung der Tariflöhne. Unerlässlich ist der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, der in der Leiharbeit ebenso wie zwischen den Geschlechtern gelten muss. Dazu gehört auch, dem Arbeitsmarkt wieder eine gerechte Ordnung zu geben, gerade im Niedriglohnbereich, wo in der Vergangenheit jegliche Ordnung zu Lasten der Beschäftigten verlorengegangen ist. Nicht Herkunft und Beziehungen sollen den Aufstieg in der Gesellschaft ermöglichen, sondern Fleiß, Anstrengung und eine gute Bildung.

Lesen Sie weiter auf der Seite 2

Fortsetzung von Seite 1...

Hier muss und will die SPD in den Ausbau, den Betrieb und die Qualität von Kitas und Schulen investieren, insbesondere auch in Ganztageseinrichtungen.

Wenige Dinge braucht unser Land so sehr wie eine bessere Bildung. Dafür müssen die starken Schultern mehr tragen, als sie es bisher tun.



Petra Crone

Deshalb wollen wir zielgerichtet nur die Steuern für Wenige mit Spitzeneinkommen und sehr großen Vermögen erhöhen. Ich finde, wer als Alleinverdiener im Jahr ein

zu versteuerndes Einkommen von 80.000 Euro hat, kann das auch ertragen. Wissen Sie, wie viel das nach den SPD-Plänen sein wird? Etwa 40 Euro mehr im Jahr für eine bessere Bildung im Land, von der jedes Kind profitiert. Darüber hinaus können mit der Erhöhung gesunde Kommunen, eine funktionierende Infrastruktur und die Einhaltung der Schuldenbremse finanziert werden. Das ist doch zumutbar, oder?

Es gibt gute Gründe für die SPD am 22. September. Ich freue mich auf die vielen guten und kontroversen Gespräche im nun anstehenden Wahlkampf.

Wir sehen uns bei Ihnen in Attendorn!

Ihre
Petra Crone

■ Stadtwerke-Fusion: Finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die SPD-Fraktion stimmte im Juni dagegen, dass die Stadtwerke Attendorn mit den Stadtwerken Olpe und den Lister- und Lennekraftwerken eine gemeinsame Fusion eingehen sollen. Verfolgt man die geharnischten Stellungnahmen von Bürgermeister und Kämmerer gegen die Abundanzumlage, so erstaunt es, wie locker das Geld im Stadtsäckel sitzt, wenn es um die gemeinsame Gesellschaft geht.

Der Stadtrat beschloss gegen die Stimmen der SPD:

- auf die Gewinnausschüttung für das Jahr 2012 in Höhe von 450.000 Euro zu verzichten. D.h. der Gewinn wird nicht von den Stadtwerken an die Stadt ausbezahlt.
- im Vorgriff auf einen erwarteten Gewinn 2013 auf eine Gewinnausschüttung in beträchtlicher Höhe zu verzichten.

- 650.000 Euro in die freie Rücklage der Stadtwerke zur Umsetzung der Kooperation einzuzahlen.

Da die Zusammenlegung von Unternehmen zunächst Geld kostet, muss die Stadt für die ersten Jahren der gemeinsamen Gesellschaft mit einer niedrigeren Gewinnausschüttung rechnen. Dagegen sind die Jahresergebnisse der Stadtwerke Attendorn allein zwischen 2009 und 2012 von 180.000 Euro auf 1 Mio. Euro gestiegen. Für die Stadt kann sich die Kooperation also, wenn überhaupt, erst in vielen Jahren rechnen.

Es ist zu hoffen, dass nicht die Beschäftigten der Unternehmen und die Verbraucher die Zeche zahlen müssen. Die SPD-Fraktion bleibt für sie am Ball.



■ Jusos im Kreis neu organisiert



Christin-Marie Stamm

Seit wenigen Monaten ist es amtlich: Die Jusos im Kreis Olpe haben sich zusammengeschlossen und einen Kreisverband gegründet.

In der Stadthalle in Olpe fanden sich dazu engagierte junge Leute aus den verschiedenen Ortsvereinen der SPD im Kreis zusammen, um einen neuen Vorstand zu wählen, der die Geschicke der Kreis-Jusos in der kommenden Zeit lenken wird.

Als 1. Vorsitzende wurde dabei Christin-Marie Stamm aus Olpe gewählt, die sich bereits aktiv im Ortsverein als 2. stellvertretende Vorsitzende engagiert.

Darüber hinaus gehören dem Vorstand auch Colin Simons und Johannes Hamers als stellvertretende Vorsitzende, Recep Fatih Özge als Schriftführer sowie Lucas Boehm, Sebastian Sonntag, Felix Schneider und Gregor Stuhldreier als Beisitzer an.

Für die kommenden Wochen haben sich die Jusos als Schwerpunkt ihrer Arbeit den Wahlkampf zur Bundestagswahl vorgenommen, bei dem eine Reihe von speziellen Aktionen geplant ist.

Alle jungen Leute können sich auf kreative, frische Aktionen der Kreis-Jusos freuen! Selbstverständlich sind die Jusos auch immer offen für weitere Interessierte. Mehr Informationen zu den Aktionen der Jusos finden sich in der Facebook-Gruppe der Kreis-Jusos, der alle Interessierte gern beitreten können!

■ Apropos Abundanzumlage:

Ende August sollte bekannt gegeben werden, wie viel die Hansestadt Attendorn an überschuldete Kommunen zahlen muss. Leider können wir an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen, weil die konkreten Zahlen erst nach Redaktionsschluss vorlagen.

An unausgegorenen Spekulationen wird sich die Attendorner SPD nicht beteiligen. Sie wird aber weiterhin gegenüber der Landesregierung dafür eintreten, dass die Belastungen für den städtischen Haushalt möglichst gering ausfallen.



■ Im Gespräch mit Wolfgang Langenohl

aS Redaktion: Herr Langenohl, warum sind Sie gerade in der SPD politisch aktiv?

Wolfgang Langenohl: Für mich zählen in erster Linie Solidarität und das Zusammenstehen innerhalb der Gesellschaft als große zivilisatorische Errungenschaften. Nur wenn jedes Mitglied der Gesellschaft seinen Teil einbringt, bekommt jeder Einzelne die Möglichkeit, sich frei zu entfalten – und das mit einem Netz sozialer Sicherungsmaßnahmen im Rücken.

Durch meinen Werdegang weiß ich sehr genau, wie wichtig es ist, dass Bildung und Chancen eines Jeden nicht an die soziale Herkunft gebunden sein dürfen.

Die SPD ist für mich die einzige Partei, die diese Grundwerte konsequent in allen politischen Feldern umsetzt. Für mich gibt es da keine Alternative, denn nur eine Partei steht mit beiden Beinen in der Lebens-

wirklichkeit der Menschen: die SPD.

aS Redaktion: Was reizt Sie an ihrem Amt als Vorsitzender der Attendorner SPD?

Langenohl: Die Attendorner SPD ist im Vergleich zu anderen SPD-Ortsvereinen im Kreis Olpe mit nun mehr als 117 Jahren die älteste Partei. Das wirkt zunächst einmal altbacken, aber durch das aktive Engagement vieler Mitglieder mit frischen Ideen zeigt sich mir aber stets der Reiz des Amtes. Dadurch macht es mir viel Spaß, mich in der Partei einzubringen. Ich habe dabei festgestellt, dass unsere Mitglieder für die politischen Prozesse eine hohe Kompetenz mitbringen. Diese werden wir noch stärker nutzen und weiterentwickeln.

Zudem gefällt mir das Motto unseres Stadtverbands: „Attendorn – Hier ist Zukunft.“

Und last but not least: Unser Ortsverein wächst: In den letzten zwei Jahren haben wir unsere Mitgliederzahl kontinuierlich steigern können!

aS: Welche Botschaft möchten Sie an Nichtwähler senden?

Langenohl: Wählen zu können ist ein Geschenk! In Ländern ohne funktionierende Demokratie bringen Menschen ihr Leben in Gefahr, um für freie Wahlen zu demonstrieren. Diese Gegebenheit sollte für uns alle Anlass genug sein, tatsächlich auch wählen zu gehen.

Bei allen Fehlern der politischen Parteien: Nicht wählen zu gehen wäre ein fatales Signal. Es wäre Ausdruck von Hilflosigkeit und im Grunde genommen auch Ausdruck von Verantwortungslosigkeit. Denn wer nicht wählt, wählt ja trotzdem: nämlich dahingehend, dass andere bestimmen sollen, wo es lang geht.

aS: Herr Langenohl, wir danken Ihnen für das Gespräch.

■ SPD sorgt für Weiterbau des Gehweges an der Milstenauer Straße



Ulrich Bock

Die Teerdecken sind aufgezogen und die letzten Feinarbeiten wie das Auffüllen der Ränder sind durchgeführt. Doch damit sind die Bauarbeiten noch nicht beendet.

Nachdem bei Proben festgestellt wurde, dass der ausgebagerte Untergrund der Milstenauer Straße durch den Teerasphalt belastet ist, hat man seitens der Stadtverwaltung nach einer Möglichkeit der Entsorgung dieses Materials gesucht und

eine für die Autofahrer sicherlich vernünftige Lösung gefunden. Demnach wird die Milstenauer Straße ab der Firma Bokamp weiter bis zum Kreisel Hollenbock ausgebaut. Hier besteht dann die Möglichkeit, die ca. 3.000 Tonnen belastetes Material als Unterschicht mit einzubauen und so die Entsorgungskosten, die auf die Anlieger hätten umgelegt werden müssen, einzusparen. Möglich macht diese Maßnahme ein günstigeres Ausschreibungsergebnis als das im Vorfeld kalkulierte.

Nach Bekanntwerden dieser Information beantragte die SPD im Ausschuss für

Bau- und Liegenschaftsangelegenheiten am 25.06.2013 als zusätzliche Maßnahme die Errichtung eines Gehweges mit einer wassergebundenen Decke vom Haus Jung bis zur Bushaltestelle bei der Fa. Brokamp. Hintergrund dieses Antrages ist der Umstand, dass diese Strecke vermehrt durch Bürger - hier speziell auch durch Kinder der Ortschaft Milstenau - genutzt wird. Nach Überprüfung des Antrages wurde diesem in der Stadtverordnetenversammlung am 10.07.2013 stattgegeben. Somit wird dieser Fußweg im Zuge des Weiterbaus angelegt.

■ Gedanken zur Eröffnung der Aussichtsplattform



Gregor Stuhldreier

Seit Anfang Juli ist er nun eröffnet: der Biggeblick in Waldenburg.

Dass das Projekt insgesamt umstritten war, ist bekannt. Nicht zuletzt fanden sich über 270 BürgerInnen bei Facebook zu einer Interessengemeinschaft zusammen, um ihrer Position öffentlich Gehör zu verschaffen.

Einen Bürgerentscheid über das Projekt gab es - wie von der SPD und der UWG im Rat gefordert - allerdings nicht. Zudem wurde die von der SPD geäußerte Kritik nach der Art des Entscheidungsweges nicht gehört. Doch ist es nicht Sache der SPD, nachzutreten oder Vergangenen hinterherzutruern, sondern unsere Stadt attraktiver zu gestalten.

Nun sind wir also alle gemeinsam aufgerufen, im wahrsten Sinne des Wortes nach vorne zu schauen:

Die Plattform sollte so vermarktet werden, dass sie tatsächlich einen Beitrag zur



Belebung der Waldenburger Bucht leistet. Der Biggeblick darf aber nicht das „Ende der Fahnenstange“ darstellen, sondern kann nur als *ein* Baustein für die weitere Entwicklung der Waldenburger Bucht dienen!

Weitere Bausteine sind:

1. Errichtung des im Stadtrat beschlossenen **Kinderspielplatzes** im Bereich der Schiffsanlegestelle,
2. Errichtung der beschlossenen **Fitnessgeräte** entlang des Biggerandweges,
3. Aufstellen zusätzlicher **Müllbehälter**, nach Möglichkeit ufernah,

4. Erneuerung maroder **Bänke und Tische** (z.B. am Strandbad Waldenburg),
5. Optimierung der **Parkmöglichkeiten**,
6. Erneuerung der **Beschilderung**, oder (recht einfach) durch das **Freischneiden** des Biggerandweges.



Die Glosse

Kallenboel mag seine Heimatstadt Attendorn und die schönen Bilder von ihr und ihrem Bürgermeister. Daran herrscht ja kein Mangel! Mit Freude hat er deshalb das neue Magazin „Wir sind Attendorn“ durchgeblättert.

Nur über das Impressum hat sich Kallenboel gewundert. Der Verlag von „Wir sind Attendorn“ ist gar nicht in Attendorn sondern in Lennestadt. Wie Kallenboel in der letzten Ratssitzung gehört hat, sagte der Bürgermeister, der Verlag hätte vorgeschlagen, ein solches Heft rauszubringen. Gut und schön, denkt sich Kallenboel, aber warum bringt es der Verlag dann nicht gleich selbst heraus? Darauf der Bürgermeister im Rat: Das Magazin passe perfekt zur Imagekampagne, für die Inhalte sei außerdem die Stadt verantwortlich. Dass die inhaltliche Gestaltung bei der Stadt liegt, kann sich Kallenboel vorstellen. Es sieht jedoch eher nach einer Imagekampagne für die Verwaltungsspitze aus.

Und wer bezahlt die? Die Stadt zahlt nichts, so der Bürgermeister, alles werde durch Anzeigen finanziert, um die die Stadt bei den Attendorner Geschäftsleuten gebeten habe. Die Geschäftsleute dürfen es also zahlen. Ob die noch Lust und Geld haben, auch bei anderen zu werben? Kallenboel grübelt in den Sommerferien darüber nach, und auch darüber, ob der eine Verlag vielleicht mehr Attendorn ist als andere.

■ „Korbacher Resolution“ verabschiedet

Intensive Diskussion zum Thema Fracking im Kreistag



Georg Ewers

Neben der konventionellen Erdgasförderung wollen Energiekonzerne nun auch „unkonventionelle Erdgaslagerstätten“ mit der sogenannten „Fracking-Technologie“ erschließen. Damit sollen Gasvorkommen, die in Gesteinsschichten eingebunden sind, gefördert werden.

Diese Form der Gasförderung lehnt die SPD-Kreistagsfraktion Olpe ab. Fracking stellt eine erhebliche Gefahr für das Grund- und Trinkwasser dar. Mit den Tiefenbohrungen zum Aufbrechen (Fracken) des gashaltigen Gesteins würden giftige Chemikalien in den Boden gepresst.

Das ist unverantwortlich und wir freuen uns, dass der Kreistag ein Zeichen gegen Fracking gesetzt hat.

Der Anregung eines Verbunds von Bürgerinitiativen, der „Korbacher Resolution“ gegen Fracking beizutreten, wurde mit Stimmen der SPD, UWG, einzelner CDU-Mitglieder sowie der Linken-Vertreterin gefolgt. Für die ablehnende Haltung der

Verwaltung, weil der Kreis Olpe nicht betroffen sei, hat die SPD-Fraktion kein Verständnis. Immerhin liegt der nördliche Teil der Gemeinde Findentrop in einem Gebiet, für das Bergbauberechtigungen zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen bereits erteilt wurden. Zwar hat das Land NRW bisher Bohrungen per Erlass untersagt, doch eine Dauerlösung ist dies nicht. „Wir brauchen eine Weiterentwicklung des antiquierten Bergrechts und da ist die Bundesregierung gefragt“, fordert die SPD. Hier müssten höchste Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit verankert werden.

Ich engagiere mich in der SPD, weil...



Ruth Rösch

... ich gerne Verantwortung übernehme und in einer guten Gemeinschaft Entwicklungen mitgestalte. Nur konsumieren oder über „die Politik“ meckern ist nicht mein Ding.

■ „Vor Ort 2013“: Die Veranstaltungsreihe der SPD-Fraktion Attendorn

April 2013: Ennester Straße

Auf Einladung der Anlieger versammelte sich die SPD-Fraktion mit interessierten BürgerInnen an der Ennester Straße, um über die Verkehrsberuhigung der Ennester Straße zu diskutieren.

Schnell wurde deutlich, dass eine ruhige Unterhaltung in unmittelbarer Straßennähe nicht möglich war, sodass man sich kurzerhand hinter die Speckschule begab. Dort wurde die lange Historie erfolgloser Maßnahmen nochmals dargestellt und weitere Schritte abgestimmt. Unabhängig vom bestehenden Ratsbeschluss, der eine Verkehrsberuhigung nach Fertigstellung der Nordumgehung inkl. tangierender Kreisel vorsah (voraus. erst in 2014 aufgrund laufender Baumaßnahmen im Stadtgebiet), stellte die SPD-Fraktion in

Einklang mit den Einzelhändlern vor der Sommerpause einen weitergehenden Antrag zur zeitnahen Beruhigung und zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Straße durch Einbahnstraßenregelung mit Anlage von Fußgängerüberwegen und Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen, um

eine kurzfristige Maßnahme zur Belebung der Ennester Straße zu realisieren.

Mit den Stimmen der übrigen Fraktionen wurde dieser Antrag allerdings abgelehnt, sodass die Anwohner der Ennester Straße nun weiter auf „ihre“ Beruhigung warten müssen.



Mai 2013: Mecklinghausen

In Mecklinghausen stand besonders eines im Blickpunkt der Teilnehmer: Die Verkehrssituation.

Seit der Neugestaltung der Ortsdurchfahrt hat sich einiger Unmut in der Dorfgemeinschaft aufgestaut, insbesondere zur neu gestalteten Ortseinfahrt aus Richtung Helden kommend. Als „zu eng“ und „falsch gebaut“ wurde die Kurvengestaltung bemängelt, sodass dort schon eine Reihe von Fahrzeugen den Bordstein touchierte.

Zur Verbesserung der Straßenquerung, insbesondere für Schulkinder, wurde vor-

geschlagen, eine Fußgängerquerung im Bereich des Haus Schnepper anzulegen, um eine sichere Überquerung der Straße zu gewährleisten.

Ferner wurde angeregt, eine Geschwindigkeitskontrolle auf der Ortsdurchfahrt vorzunehmen, um die Kraftfahrzeugführer auf die Problematik aufmerksam zu machen und ggf. weitergehende Maßnahmen anstoßen zu können.

Darüber hinaus wurden auch über die Sanierung des Rieflinghauser Weges (der im Zuge der Baumaßnahmen stark beansprucht wurde) und die Errichtung eines Buswartehäuschens am Jäckelchen gesprochen.

Erreicht werden konnten bislang das Aufbringen von zusätzlichen Markierungen am Ortseingang sowie die Durchführung von Geschwindigkeitsmessungen.



Juni 2013: Biekhofen

Dass sich rund um Biekhofen derzeit eine Menge in Bewegung befindet, kann man nicht nur an den zahlreichen Baustellen



in den letzten Wochen erkennen. Able sen konnte man dies auch an der großen Zahl von Teilnehmern, die sich zu „SPD vor Ort“ aufmachten: Über 30 Bürgerinnen und Bürger diskutierten gemeinsam mit der SPD-Fraktion ihre Anliegen, Probleme und Wünsche.

Dabei ging es vorrangig um zwei Themenfelder: Verkehrliche Angelegenheiten und Breitbandversorgung.

Insbesondere in den Neubaugebieten, aber auch in Teilen Biekhofens besteht kaum bis gar keine Breitbandversorgung. Daher vereinbarten die Teilnehmer, eine Umfrage durchzuführen und die Ergebnisse an die Verwaltung weiterzureichen, um weiteren Druck gegenüber den Tele-

kommunikationsprovidern zu erzeugen.

Für den Mühlenweg, der im Zuge des Ausbaus der Bachschwinde für den Durchgangsverkehr geschlossen werden wird, fanden die Teilnehmer einen gemeinsamen Konsens zur künftigen Gestaltung, den die SPD-Fraktion in den entsprechenden politischen Gremien vertreten wird.

Als eine kurzfristige, verkehrliche Maßnahme wurde vereinbart, die am „Hohler Weg“ abgebauten mobilen Verschwenkungen für den Einsatz in der Biekhofener Straße und in der Bachschwinde zu reservieren, um dort eine Beruhigung der Verkehre zu erreichen. Dies wurde auch unmittelbar im Anschluss im Bauausschuss angestoßen.

SPD Attendorn - die soziale und fortschrittliche Kraft

■ Meine Meinung



Für einen echten Politikwechsel am 22. September - darum SPD wählen!

Kommunen vor Ort unterstützen!

Bei einer rot-grünen Regierung unter Peer Steinbrück wird das sinnlose Betreuungsgeld sofort abgeschafft und die Landkreise werden von dem unnützen Verwaltungsaufwand für das Betreuungsgeld befreit. Außerdem hat der Landtag von NRW den Bund schon 2010 mit den Stimmen der CDU aufgefordert, die Hälfte der horrend steigenden Sozialleistungen zu übernehmen. Beispielsweise belasten die steigenden Eingliederungshilfen die Haushalte der Kommunen bzw. Landkreise immer mehr. Aber geschehen ist bisher wenig. Was bringen Steuereinnahmen in Rekordhöhe, wenn die Bundesregierung nicht in der Lage ist, mit diesen umzugehen und das Geld verschwendet, statt es dorthin zu bringen, wo es wirklich benötigt wird: in die Kommunen!

Chancengleichheit in den Schulen – bei der SPD nicht nur eine leere Phrase!

Gleichstellung scheint für Angela Merkel und ihre Handlanger eine hohle Worthülse zu sein. Ihre Politik differenziert zwischen Menschen und fördert Klassenunterschiede, das tut der Gesellschaft dort am meisten weh, wo sie am verletzlichsten ist – nämlich bei der Jugend. Am 22. September soll endlich der Wechsel geschafft werden, sodass es jedem möglich ist, die verkrusteten Grenzen zwischen den Schichten zu durchdringen. Der Schlüssel hierzu ist der uneingeschränkte Zugriff zu Bildung für jedermann. Der Weg zur Gerechtigkeit führt zwangsweise über Gebührenfreiheit. Deswegen wird sich eine SPD-Bundesregierung nach dem Wechsel für Deutschland dafür einsetzen, dass jedes Kind den Kindergartenplatz bekommt, auf den es einen Anspruch hat – und das beitragsfrei. Dies ist der erste, aber nicht der einzige Schritt auf dem Weg zu Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Die erfolgreiche Linie der rot-grün regierten Länder soll fortgesetzt werden und Studiengebühren endgültig und flächendeckend abgeschafft werden. Nur so können die Kinder von Arbeitern

den gleichen universitären Erfolg haben wie Akademikerkinder.

Dazu will sich die SPD für eine bundesweit einheitliche Bildungspolitik durch Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich einsetzen!

Energiewende ohne Hintertür!

Die CDU/CSU-geführte Koalition in Deutschland gibt beim Klimaschutz ein klägliches Bild ab:

Erst als sich in Umfragen der Drang des Volkes zur Energiewende deutlich zeigte, bewies Angela Merkel Wendequälitäten. Seitdem gleichen die Bemühungen der Koalition zur Energiewende mehr einer Satire als einem erfolgreichen Klimamanagement. Eine sozialdemokratisch angeführte Bundesregierung wird entschlossen dafür eintreten, die Energiewende zu schaffen, aber auch die Strompreise bezahlbar zu halten. Heute zahlen sozial schwache Verbraucher dafür, dass immer mehr Unternehmen von der EEG-Umlage befreit werden. Die bisher damit befassten Minister blockieren sich gegenseitig. Eine Energiewende aus einem Guss schafft nur eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.



■ „SPD vor Ort“ zur Hochspannungsleitung

Die Energiewende wird auch in Attendorn zu großen Veränderungen führen, soll doch Ökostrom aus den nördlichen Bundesländern in die südlichen Ballungsgebiete transportiert werden, wofür neue Trassen und Strommasten notwendig sind. Frühzeitig haben sich die Stadt sowie die SPD bemüht, Informationen über die Planung zu bekommen, um die Risiken der Trassenführung sowie der neuen Stromspannungen abzuwägen.



Unser Ziel ist es, diese bestehenden Unsicherheiten für alle Betroffenen aufzuzeigen und die daraus resultierenden Folgen möglichst gering zu halten.

Für alle Anwohner und Interessierten veranstalten wir am **05.09.2013 um 18.00 Uhr** eine „SPD vor Ort“-Versammlung am Kreisel „Kirchtumspitze“. Hier wird die geplante Streckenführung anhand eines Planes präsentiert.

- Stärkung der Kommunen**
- flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn**
- bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung**
- Zwei-Klassen-Medizin**
- Einführung der Reichensteuer**
- Einführung der Solidarrente**
- Einführung einer Mietpreisbremse**

Impressum

Herausgeber:
SPD Attendorn
 Vergessene Straße 2
 57439 Attendorn
www.spd-attendorn.de
Stadtverband: Wolfgang Langenohl
wolfgang.langenohl@spd-attendorn.de
Fraktion: Christian Pospischil
christian.pospischil@spd-attendorn.de

Hauptverantwortlich:
 Luis Garcia, Gregor Stuhldreier

Redaktion:
 Ulrich Bock, Georg Ewers,
 Wolfgang Langenohl, Christian Pospischil,
 Gregor Stuhldreier

Gestaltung + Druck:
 FREY PRINT + MEDIA GMBH
www.freymedia.de